

## **ZUSCHLAGHUNDERTSTEL AUF DEN IMMOBILIENSTEUERVORABZUG**

### **ZUGUNSTEN DER PROVINZ FÜR DAS JAHR 2018**

**Resolution des Provinzialrats vom 26. Oktober 2017, die der Aufsichtsbehörde der Wallonischen Region nicht vorgelegt werden muss (Ministerielles Schreiben vom 27. November 2017).**

Aufgrund der Verfassung und insbesondere der Artikel 10, 41, 162, 170, 172 und 173;

Aufgrund des Dekretes vom 22. November 2007 zur Abänderung verschiedener Bestimmungen des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;

Aufgrund des Dekretes vom 3. Juli 2008 zur Abänderung verschiedener Bestimmungen des Dekrets vom 12. Februar 2004 zur Organisation der wallonischen Provinzen und des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung und insbesondere der Artikel L2212-32, L2212-51 § 5, L2213-1, L2213-2, L2213-3, L2231-1 §1, L2231-8, L3131-1 §2 Punkt 3°, L3321-1 bis L3321-12 sowie der nicht aufgehobenen Bestimmungen des Provinzgesetzes;

Aufgrund der Bestimmungen von Titel VII, Kapitel 1, 3, 4, 7 bis 10 des Einkommensteuergesetzbuches und der Artikel 126 bis 175 des Ausführungserlasses dieses Gesetzbuches;

Aufgrund des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Einkommensgesetzbuches 1992 hinsichtlich der Zusatzsteuern auf regionale Steuern;

Aufgrund des Haushaltsrundschreibens vom 24. August 2017 des Ministers für lokale Behörden, Städte, Wohnungswesen und Sportinfrastrukturen der wallonischen Region über die Erstellung der Haushaltspläne der Provinzen für das Jahr 2018.

Aufgrund des Rundschreibens vom 07. Juni 2017 über die Erstellung der Steuerverordnungen (2018), samt Zuschlagsteuer auf den Immobiliensteuervorabzug.

In der Erwägung, dass der für die Zuschlaghundertstel auf den Immobilienvorabzug festgelegte Betrag, der durch die Resolution vom 20. Oktober 2016 angenommen wurde und keine Maßnahme der Aufsichtsbehörde seitens der Wallonischen Region hervorgerufen hat (ministerielle Mitteilung vom 23. November 2016), für 2018 nicht abgeändert werden muss;

In der Erwägung, dass Wege und Mittel für den Provinzhaushalt für das Jahr 2018 bereitgestellt werden müssen.

Aufgrund der Weiterleitung des Dossiers am 14. September 2017 an den Herrn Finanzdirektor der Provinz, um seine Zustimmung gemäß Artikel L2212-65 §2 Punkt 8 des KLDD zu erhalten.

Aufgrund der im Anhang beigefügten günstigen Stellungnahme des Finanzdirektors vom 15. September 2017.

Auf Vorschlag des Provinzkollegiums.

**BESCHLIESST DER PROVINZIALRAT VON LÜTTICH:**

**Artikel 1** - Zugunsten der Provinz Lüttich werden für das Jahr 2018 1750 Zuschlagshundertstel auf den Immobiliensteuervorabzug erhoben.

**Artikel 2** - Vorliegende Resolution wird an die Aufsichtsbehörde weitergeleitet.

**Artikel 3** – Vorliegende Resolution tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Bulletin und auf der Website der Provinz in Kraft.

Lüttich, den 26. Oktober 2017

Für den Rat:

Marianne LONHAY  
Generaldirektorin der Provinz

Claude KLENKENBERG  
Präsident